

Neue Zürcher Zeitung

Abonnemente:	1 Monat	3 Mte.	6 Mte.	12 Mte.
Zürich am Schalter oder bei Abgaben	Fr. 2.60	6.80	12.50	25.—
Durch Ausleger ins Haus gebracht	3.50	9.—	16.50	32.—
Schweiz Bestellung beim Postamt	3.50	9.—	16.50	32.—
Lieferung unter Streifenband	4.50	12.—	22.50	44.—
Ausland unter Streifenband: à 3 Rp.-Porto	6.50	18.—	34.50	68.—
unter Streifenband: à 5 Rp.-Porto	10.—	27.—	50.—	88.—

und schweizerisches Handelsblatt
 Täglich 3 Ausgaben
 Redaktion: Falkenstrasse 11, Zürich 1
 Administration: Theaterstrasse 1, Druckerei: Goeftstrasse 10
 Telefon 27.100, Hauptpostfach, Postfachkonto VIII 645

Annoncen: Zellenmaß Nonpareille, 8 Spalten
 Zellenpreis für lokale Geschäftsempfehlungen 50 Rp.
 Zellenpreis für Anzeigen schweizerischen Ursprungs 60 "
 Zellenpreis für Anzeigen ausländischen Ursprungs 75 "
 Reklame-Zellen, Breite der Zeilen 2.50 Fr.
 Abschluss- und Wiederholungsrabatte nach Tarif
 Annoncen-Abteilung: Theaterstrasse 1 und Bahnhofstrasse 70
 Adresse: Postfach Fraumünster Zürich, Postfach VIII 1264

Rede Ribbentrops an der Beisetzung vom Rath

Die Trauerfeier in Düsseldorf

Düsseldorf, 17. Nov. pt In Anwesenheit von Reichsminister Ribbentrop fand am Donnerstagmorgen um 12 Uhr in der mit Trauerflor ausgeschmückten Rheinlandhalle für den in Paris einem Attentat zum Opfer gefallenen deutschen Diplomaten Ernst vom Rath statt. Vor dem auf einem Katafalk aufgestellten Sarg hielten Angehörige des Auswärtigen Amtes sowie der Parteiorganisationen die Ehrenwache. Die Traueransprache hielt der Gauleiter der Auslandsorganisationen, Bohle. Er wies darauf hin, daß Ernst vom Rath der achte Blutzug des Auslanddeutschtums sei. Bohle erinnerte dabei an Wilhelm Gustloff und an die in Spanien ermordeten Deutschen. Durch tote Nationalsozialisten werde die nationalsozialistische Bewegung immer nur stärker und zum Sieg entschlossener gemacht. Der Reichsbürger im Ausland, möge er Diplomat oder Arbeiter, Kaufmann oder Techniker, Arzt oder Wissenschaftler sein, sei immer in erster Linie Nationalsozialist. Die Welt solle wissen, daß diese nationalsozialistische Volksgemeinschaft das höchste Gut sei, das Adolf Hitler den Auslandsdeutschen gegeben habe.

Reichsaußenminister v. Ribbentrop erklärte u. a., eine feindliche Welt, in überlebten Formen erstarrt, glaube durch Ablehnung aller Jungen und Starken, durch blinden Haß gegen die Gestalter und Träger des neuen Deutschland den Gang des Schicksals aufhalten zu können. Mord, Verleumdung, Verfolgung, Terror und Lüge seien die Mittel des internationalen Judentums und der andern zeretzenden Mächte, die dem nationalsozialistischen Deutschland den Weg in die Zukunft verwehren möchten. Ihr letztes Opfer sei Ernst vom Rath. Der Reichsaußenminister dankte dann dem französischen Frontkämpfer Thomas, der mit seinem eigenen Blut dem schwerverwundeten Deutschen neues Leben habe geben wollen. Weiter erklärte Ribbentrop, langsam aber unaufhaltsam sei die alte Welt im Verfinken. Es habe immer Deutsche gegeben, die zum Opfertode bereit gewesen seien, wie Ulrich von Hutten, der fern der Heimat in der Verbannung gestorben sei, wie Andreas Hofer, den Rirnerberger Buchhändler Palm und andere. Der Minister erinnerte zum Schluß an die Worte des Führers am Grabe Wilhelm Gustloffs: „Wir verstehen die Kampfansage, und wir nehmen sie auf.“

Unter den Kranzspendern befanden sich u. a. ein Kranz Giffers, des französischen Außenministers Bonnet, des italienischen Außenministers Graf Ciano, Italienische und französische Vertreter wohnten der Trauerfeier bei.

Vor einer Auseinandersetzung mit Amerika?

Berlin, 17. Nov. (Tel. unferes O-Korr.) An der Trauerfeier für den ermordeten Legationssekretär vom Rath in Düsseldorf hat Reichsminister v. Ribbentrop einen kämpferischen Ton angeschlagen, der sich nicht nur gegen das Judentum wendet. Nachdem der Sprecher der Reichsregierung Deutschland als den mächtigsten Staat der Erde dargestellt hatte, entwarf er ein

apokalyptisches Bild vom kommenden Untergang der Alten Welt, unter der offenbar die liberalen und demokratischen Staatswesen zu verstehen sind. Wenn Ribbentrop die Zertrümmerung und das Versinken der Umwelt voraussagt, so hält er dafür den Aufstieg und Gendervolg Deutschlands für gesichert. Diese fühne Sprache läßt sich, wie einige politische Beobachter in Berlin meinen, daraus erklären, daß Ribbentrop sich durch die ungewöhnlich lebhaften, von Tag zu Tag anschwellende Reaktion Amerikas auf die antisemitischen Ausschreitungen in Deutschland gereizt fühlt und um so kräftiger zurückzuschlagen will. Man rechnet damit, daß morgen eine Generaloffensive der deutschen Presse gegen die Vereinigten Staaten entsetzt und Hunderte von Zeitungen ihre Vorwürfe und Gegenlagen fast mit den gleichen Worten vortragen würden. Daß die „New-Yorker Staatszeitung“, weitans das wichtigste deutschgeschriebene Blatt in den Vereinigten Staaten, das bisher dem Nationalsozialismus gegenüber eine wohlwollend neutrale Haltung einnahm, die Vorgänge in Deutschland mit den strengsten Worten verurteilt, ist ein Rückschlag, der auch in Berlin nicht unterschätzt wird, obwohl in der Öffentlichkeit davon mit keinem Wort die Rede ist.

Eine Forderung der jüdisen indischen Maßnahmen in Deutschland ist auf keinen Fall zu erwarten. Man hört zwar kaum von neuen Verhaftungen; aber die Atmosphäre bleibt drückend, und eine Reihe von kleinen und kleinsten Maßnahmen sorgt dafür, daß die Juden sich unsicher fühlen. In den öffentlichen Anlagen findet eine polizeiliche Kontrolle statt, um die Zerteilung in gelbe Judenbänke und grüne Arierbänke zu gewährleisten. Aus den großen Cafés und Speiseflokalen werden die Juden hinausgewiesen. Auch das Reiten ist für sie verboten. Noch immer irren in Berlin und Umgebung viele Tausende von Juden ziellos umher, weil sie sich aus Furcht vor der Verhaftung in ihre Wohnung zurückziehen. Dabei ist die Lage hier immer noch beneidenswert im Vergleich zur Provinz, wo es für Juden an vielen Orten unmöglich geworden ist, Lebensmittel für sich und Milch für ihre Kinder zu kaufen.

Düsseldorf, 17. Nov. (DNB) Nach der Feier wurde der Sarg Ernst vom Rath in feierlichem Zuge zum Nordfriedhof geleitet zur Beisetzung in der Ahnengruft der Familie vom Rath.

Flüchtlingsfrage und Kolonialproblem

London, 17. Nov. (Tel. unferes *-Korr.) Es wird allgemein damit gerechnet, daß der Premierminister in der kommenden Woche dem Unterhaus einige Eröffnungen über die gegenwärtig im Gang befindlichen Anstrengungen zur Lösung der jüdischen Auswanderungsfrage machen wird. Chamberlain sah sich auch heute nachmittag wieder einigen Fragen gegenüber, die sich auf die Bereitstellung von Siedlungsgebieten in großem Maßstab und um die Absorbierung kleinerer Gruppen von Flüchtlingen bezogen. Ueber den Beitrag Großbritanniens befragt, begnügte er sich damit, daran zu

erinnern, daß die Regierung mit den Gouverneuren aller in Frage kommenden Kolonien in Verhandlungen begriffen sei, und daß das Flüchtlingskomitee zuständig sei für die Fühlungnahme mit den andern Regierungen, die in der Lage sein könnten, Flüchtlinge aus Deutschland und Zentralasien aufzunehmen.

Von einem Abgeordneten war in diesem Zusammenhang auch Tanganika als Auswanderungsgebiet genannt worden, was im Hinblick auf die Zusicherungen, die der Minister für die Kolonien diesem Mandatgebiet gestern gegeben, einiges Aufsehen erregte. Es scheint aber, daß die Erklärungen MacDonalds in Tanganika selbst nicht befriedigt haben, und daß man sie dahin ergänzt sehen möchte, daß der Premierminister nie und unter gar keinen Umständen mit Deutschland über eine Abtretung des Mandatlandes verhandeln werde. Das aber ist, wie man auch seine Erklärungen und die MacDonalds drehen mag, nicht ihre Bedeutung, denn die Behandlung der deutschen Ansprüche ist, nach allem zu urteilen, vorläufig nur vertagt worden.

Zusammentritt des Prager Parlaments

Die Parteien in der neuen Tschechoslowakei

Prag, 17. Nov. ag Das Abgeordnetenhaus ist am Donnerstagnachmittag zusammengetreten, um den Entwurf der neuen provisorischen Verfassung und ein Ermächtigungsgesetz der Regierung zu behandeln. Am Mittwoch tagte der Ausschuß der staatsverhaltenden Parteien unter dem Vorsitz des Abgeordneten Beran, genehmigte den Entwurf eines Gesetzes über die Verteilung von Vollmachten an die Regierung und beschloß, den Gesetzesantrag in der heutigen Kammerung einzubringen.

Außenminister Chvalkovsky hat beschlossen, seine Abreise nach Berlin wegen der politischen Lage zu verschieben bis nach der Präsidentschaftswahl, die auf Anfang nächster Woche festgesetzt ist.

Die Entscheidung über die Parteigruppierung ist nun gefallen und es herrscht darüber Klarheit, wie sich das Abgeordnetenhaus zusammensetzen wird: Staatspartei der nationalen Einheit 106 Abgeordnete, die bisher der Agrarpartei, der Nationalsozialistischen Partei, der Gewerbetriebe- und einem Teil der tschechischen Christen angehörten; Slowakischer Klub 34 Abgeordnete; Nationaler Arbeiterpartei 29, Kommunisten 25, Tschechische Volkspartei (Schramel) 11 Abgeordnete, Karpathorussische Einheitspartei 5, Slowakische Nationale Arbeiterpartei 4, Deutsche Nationalsozialisten 5, Deutsche Sozialdemokraten 4.

Der kommunistische Klub bleibt bestehen, da es in der Tschechoslowakei gegenwärtig keine Parteiauflösung mehr gibt und die Tätigkeit der kommunistischen Partei nur eingestellt worden war. Das bedeutet, daß den Kommunisten jede Tätigkeit mit Ausnahme der parlamentarischen untersagt ist. Außerhalb der Klubs bleiben vier Abgeordnete unter

Führung von Esterhazy und der Abgeordnete der Jüdischen Partei.

Das Programm der Staatspartei

Die nationale Bewegung der Einheitspartei, die sich jetzt gebildet hat, erließ eine Erklärung, in der gesagt wird, sie wolle alle nationalen Kräfte zusammenfassen auf Grund einer autoritären Demokratie, wobei sie allem gegenüber hart sein werde, was die Republik geschwächt oder enttäuscht habe. Den neuen politischen Verhältnissen entsprechend werde die baldige Ausschaffung neuer Parteien oder die Zerpflückerung des öffentlichen Lebens unmöglich mache. Die neue Bewegung werde die baldige Ausarbeitung einer neuen Verfassung anstreben. Außenpolitisch solle die neue Bewegung so geführt werden, daß die Republik frei und im Frieden leben könne mit allen Staaten, vor allem mit den Nachbarn. Die Jugend sei künftig voranzustellen. In der Wirtschaft werde die Initiative des Privateigentums und des Unternehmertums die Vorhand haben. Es werde eine gerechte Sozialpolitik angestrebt. Im privaten und öffentlichen Leben solle die Familie eine verlässliche Grundlage des nationalen Lebens bilden. Die Frau soll wieder ihrer ursprünglichen Sendung zurückgegeben werden. Die Frage der Emigration, besonders der jüdischen, solle rasch gelöst werden.

Der Aufruf der „Staatspartei der nationalen Einheit“ ist vom Abgeordneten Beran unterzeichnet, der somit als Chef der neuen Partei erscheint. Beran ist etwa fünfzig Jahre alt und gehört zu den leitenden Persönlichkeiten der Agrarpartei.

Die tschechische Volkspartei in Böhmen unter Führung des Abgeordneten Mgr. Stajef hat sich der Staatspartei angeschlossen. Es liege eine Spaltung innerhalb der tschechischen Volkspartei vor. Die Gruppe Stajef zählt zehn Abgeordnete. Die elf Abgeordneten des tschechischen Flügels der Partei unter Führung des Abgeordneten Mgr. Schramel bleiben eine selbständige Gruppe.

Regierungserklärung General Chrovys in der Kammer

Prag, 17. Nov. ag (Havas) Am Donnerstagnachmittag fand die Eröffnungssitzung des ersten Parlaments der zweiten tschechoslowakischen Republik statt. Ministerpräsident Chrovby, der die Regierungserklärung verlas, hatte zu seiner Rechten den slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Tiso, während der Platz zu seiner Linken, der für den karpathorussischen Ministerpräsidenten Mgr. Wolofin reserviert war, leer blieb. Keiner der karpathorussischen Minister wohnte der Sitzung bei. In seiner Rede betonte General Chrovby, daß die zwanzigjährigen Bemühungen zur gegenseitigen Anpassung der verschiedenen Nationalitäten der Tschechoslowakei fruchtlos gewesen seien, weil die heutige Welt vom Gedanken des „Ein-Nationalitätenstaates“ beherrscht sei.

„Wir wünschen, mit allen unsern Nachbarn in Frieden zu leben“, fuhr der Ministerpräsident fort, „besonders mit unserm größten Nachbarn, mit Deutschland, und auch mit allen andern Staaten. Wir bewahren alle Sympathiebeweise, die wir erhielten, in dankbarer Erinnerung und gedenken vor allem der Freundschaftsbeweise Jugoslawiens und Rumaniens. Wir werden dafür arbeiten, daß die Nationalitätenfragen keinen Konfliktstoff in Mitteleuropa mehr bieten, und wir sind überzeugt, daß auch die andern Staaten das Gleiche tun werden.“ „Unsere Regierung“, fuhr er fort, „sah sich vor Aufgaben gestellt, die in der Geschichte beispiellos

Baukünstlerische Probleme Zürichs im 18. Jahrhundert

P. Kl. Die Baukunst Zürichs im 18. Jahrhundert fand hinter der protestantischen Städte Genf, Basel und Bern zurück. Es ist weniger die Vornehmheit als die gediegene Schlichtheit, die den Wohnhausbau Zürichs auszeichnet. Dagegen bieten die Ausstattungen der Bauten mit Gefäßen, Oefen und Stuckarbeiten einen gewissen Reichtum. Diese „Probleme der Baukunst Zürichs im 18. Jahrhundert“ behandelte Prof. Konrad Gieser in seinem Vortrag in der Antiquarischen Gesellschaft Zürich am 11. November an Hand eines großen Bildmaterial. Der Referent legte dabei vor allem Gewicht auf die Aufdeckung der Entwicklungszusammenhänge, während bekanntlich die einzelnen Meister selten zu ermitteln sind.

Im 17. Jahrhundert finden wir in Zürich, hauptsächlich bei freistehenden Bauten, den Haustyp mit Satteldach und großen Giebeln, wie etwa beim Kaufhaus, dem „Meinen Peisan“ usw. Das 18. Jahrhundert hat ihn übernommen und fügte ihm als neue Typen das Walm- und Mansarddach hinzu. Vom 17. Jahrhundert wurde auch im ersten Viertel des 18. noch der mehrgeschossige Erker übernommen, wie wir ihn vor allem am Talacker finden.

Unter den frühen Bauten des 18. Jahrhunderts nimmt die St. Peterkirche eine hervorragende Stellung ein (Schiff erbaut 1705/06). Es ist ein typischer protestantischer Kirchenbau mit Verzicht auf jeden äußern Schmuck. Dagegen ist das Innere durch reiche Stuckierung des Gewölbes ausgezeichnet. Da die protestantische Kirche möglichst viele Hörer um die Kan-

zel versammeln will, werden die Emporen auf die Längswände ausgedehnt. Die Anfänge dieses protestantischen Kirchenbaues liegen in den Schloßkapellen der protestantischen Landesfürsten Deutschlands. Schon früher als in der Peterskirche haben wir das Tonnengewölbe über dem Mittelschiff in der Predigerkirche, während die meisten protestantischen Kirchenbauten des 16. und 17. Jahrhunderts Kreuzgewölbe oder Tennen mit Stieglappen zeigen. Die Untersuchungen des Referenten konnten dartun, daß, wenn nicht eine direkte Anregung aus Italien in Frage kommt, so vielleicht eine indirekte durch das erste große Tonnengewölbe der deutschen Baukunst: St. Michael in München.

Unter den Profanbauten des späten Barock ist das Haus „zum Garten“ hervorzuheben, der Typus des Rechteckblocks mit übersichtlicher Anordnung der Räume, ohne besondere Ausgestaltung des Treppenhauses. Im Beckenhof (1740) ist diese alte Einteilung des Zürcher Bürgerhauses preisgegeben; der französische Einfluß gestaltet hier eine wirklich herrschaftliche Anlage. Die neue Raumgestaltung kommt z. B. auch beim Pavillon im Stoclargart zum Ausdruck: Mittelbau mit Mansarddach und zwei anschließende Flügel, eine Raumnorm, die in großen Bauten dieser Zeit wiederholt verwendet wurde und im Schloß Bruchsal eine besonders glückliche Prägung gefunden hat. — Ebenso spiegeln die reichen Stuckierungen in Zürcher Bürgerhäusern die Entwicklung wider. Der Beginn des Spätbarocks offenbart sich in der Form der Mantelchen; an Stelle der gefalteten Schwere am Ende des 17. Jahrhunderts erscheinen die feinen Ranken, aus denen das vortrefflich modellierte Blätterwerk hervorsticht. Im Haus „zum Garten“ lockert sich das Rankenwerk, es wird linear und schon fließt

sich Bandwerk ein, das in der Folge ein hervorragendes Merkmal wird. Den Uebergang der Stuckaturen zum Rokoko treffen wir im Beckenhof (Wohnhaus). Das Bandwerk bleibt, aber nicht mehr als Hauptsache. Als neues Element kommt die Rocaille hinzu. Für die Entwicklung der Stuckornamentik konnte der Referent auf die gesuchten Vorlagen aufmerksam machen, wie sie für die Handwerker herausgegeben wurden. Parallel geht die Ausschmückung der Brunnen. Zunächst werden sie ausgestaltet mit farbigen Bildern belehrenden oder chronikalischen Inhalts (Rathaus). Es folgt im ersten Drittel des 18. Jahrhunderts die blau bemalte Kachel mit Landschafts- und Naturbildern. Auch der Oefenbauer arbeitete nach Vorlagen. Es gab große Stichwerte und Bilderfassungen; genannt seien die von Daniel Düringer (1720—86). Berglandschaften, Ruinen, Meeresufer, später Tiere usw. bildeten die Motive, die sich in verschiedenen Abwandlungen wiederholten.

Der Bau des Zunfthauses „zur Schuhmachern“ (1742/43) leitet einen neuen Abschnitt im Zürcher Profanbau ein: Neugestaltung des Grundrisses und der Fassade. Die drei Geschosse zerfallen in Erdgeschoss und Oberbau; die mittleren drei Achsen werden betont. Es ist der bedeutendste Meister des 18. Jahrhunderts in Zürich, David Morf, der diese Gestaltung durchgeführt und in zwei weiteren Bauten verwirklicht hat. Einmal im Zunfthaus „zur Meise“, wo die französische Cour d'honneur, von zwei Flügeln eingefasst, sich nach dem Münsterhof öffnet. Die Fassaden erfahren ihre Gliederung durch das Hervorheben von Achsengruppen. Sodann war es Morf vergönnt, im „Rechberg“ das schönste Privathaus Zürichs zu vollenden. Der Grundriß bleibt, doch ist der Hof dem Garten zugewendet. Die Fenster sind

gedrungen, mit viel Mauerflächen dazwischen, was den Eindruck der Behäbigkeit vermittelt. Trotz allen französischen Einzelheiten ist der Bau deutlich empfunden. Die Wurzeln von Morfs Kunst fließt der Referent in entsprechenden Bauten des rheinisch-fränkischen Kreises.

Renovierungen bestehender Häuser spiegeln in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts den wechselnden Stil wieder. Ruffbaumtäfeln und Leinwandtapeten bekleiden in der Regel die Wände, während Gobelins im puritanischen Zürich selten zu finden sind; an Chinoiserien gibt es ein einziges Beispiel im „Freigut“. Bei den Oefen drückt sich der neue Geschmack in Pfantafelandschaften und Hirtenjensen aus. — Als besondere Richtung in der Entwicklung vom Barock zum Rokoko reißt sich die Gotik ein, wie sie in den helmen der Großmünstertürme Verwendung fand. Sie hat gotische Formen mit klassizistischer Gesinnung erfüllt. — Der Frühklassizismus bringt den Willen zur Flächenhaftigkeit und Geradlinigkeit (Muraltengut, in Wollishofen). Daß er aber gleichwohl eine lebensfreundige Pracht liebt, zeigen Musiksaal und großer Saal im Haus „zum Kief“ in den Stuckaturen. Bei der Bemalung der Oefenflächen begnügt man sich mit Bignetten mit Früchten, Pflanzen, Musikinstrumenten und dergl.

An Hand der einzelnen Nachweise konnte Prof. Gieser feststellen, daß sich vom Anfang des 18. Jahrhunderts an das Bestreben zeigt, die Schwere des Barock zu überwinden. Erst spät findet die französische Wohnstil Eingang, hat aber nur wenig Gelegenheit zur Entfaltung. Das letzte Viertel des Jahrhunderts bringt wieder die Abkehr zugunsten der Behäbigkeit, die aber doch den Ausdruck der Liebe zum Dasein nicht vermissen läßt.

dafehen. Alle Maßnahmen wurden im Einvernehmen mit den Koalitionsparteien und den Vertretern der Slowakei und Karpathorusslands getroffen. Ich danke hier nochmals allen Elementen der Nation, der Armee und der Polizei, die ihre Pflicht erfüllt haben. Es erwarten uns aber noch andere, schwere Aufgaben. Die Verhandlungen mit den Nachbarstaaten sind noch nicht beendet. Zahlreiche Einzelfragen für die Erhaltung der rechtlichen Ordnung und für die Wahrung der privaten und öffentlichen Interessen bleiben noch zu regeln."

Shroby appellierte an das tschechoslowakische Volk, ihn in dieser Aufgabe zu unterstützen, und ersuchte dann das Parlament, das Verfassungsgesetz zu verabschieden, das der Slowakei und Karpathorussland die Autonomie gewährt. Weiter verlangte er vom Parlament Vollmachten, da der rasche Verlauf der Ereignisse es notwendig mache, daß sowohl die Zentralregierung wie die Regierungen der Slowakei und Karpathorusslands unverzüglich nötige Entschlüsse fassen können. Auch zur Führung der Verhandlungen mit den ausländischen Staaten seien Vollmachten notwendig. General Shroby kündigte hierauf an, daß das Parlament nächste Woche zur Wahl des Präsidenten der Republik einberufen werde. Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Nach der Kammer trat der Senat zusammen, um die Regierungserklärung entgegenzunehmen. Am Samstag wird das Parlament die Aussprache über die Gesetzesvorlage betreffend die Gewährung der Autonomie an die Slowakei beginnen.

Prag, 17. Nov. ag In einigen Bezirken der Slowakei ist das Ständrecht wieder aufgehoben worden.

Deutschland und Amerika

New York, 17. Nov. ag (Havas) Aus Mexiko wird der „New York Times“ gemeldet, daß die mexikanische Regierung die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland aufmerksam verfolge. Nach Ansicht des Blattes dürften sich die Staaten Lateinamerikas demnächst vor die Wahl gestellt sehen, eine nach den Vereinigten Staaten ausgerichtete Politik zu verfolgen oder unter den deutschen Einfluß zu geraten. Nach den Angaben der mexikanischen Regierung habe der Handelsverkehr zwischen Deutschland und Lateinamerika im ersten Vierteljahr 1938 um 12 Prozent zugenommen. Mexiko setze seinen Austauschhandel mit Deutschland fort, indem es Petroleum liefere. Weiter habe, wie das Blatt meldet, die mexikanische Regierung es zugelassen, daß die deutsche Gesandtschaft in Mexiko eine antisemitische Kampagne in der Presse begann.

Ferner bemerkt die „New York Times“, daß die Staaten Lateinamerikas, in denen die deutsche Propaganda und der deutsche Handel einen starken Aufschwung genommen hätten, zum mindesten den Eindruck hinterließen, daß sie mit der Politik der Vereinigten Staaten zum Schutz des amerikanischen Kontinents einverstanden seien. Obwohl in gewissen Teilen Lateinamerikas der deutsche Einfluß ein gefährliches Ausmaß erreicht habe, hoffe man, ihn noch rechtzeitig zurückbinden zu können.

Rückkehr der im Ausland lebenden Italiener

Rom, 17. Nov. ag (Havas) Außenminister Graf Ciano hat die Schaffung einer Kommission für die Heimkehr der im Ausland lebenden Italiener beschlossen. Die Kommission wird beauftragt sein, ein Statut der im Ausland lebenden Italiener auszuarbeiten. Italien wird eine wahrhafte Reichspolitik einleiten, indem es allmählich die im Ausland lebenden Italiener heimberuft. Dem Vernehmen nach wird dadurch für die vielen ausländischen Italiener, die dem Faschismus nicht beigetreten sind, die Möglichkeit geschaffen, in ihr Land oder in das Kaiserreich zurückzukehren. Der Gedanke liegt nahe, in der Maßnahme einen Amnestierungsakt und gleichzeitig den Beginn der Kolonialisierung Abessinien zu sehen.

Deutschland

Austritte aus den Kirchen

Rom, 16. Nov. ag Der „Osservatore Romano“ meldet, daß die Zahl der Austritte aus den christlichen Kirchen in Oesterreich wie in Deutschland ständig zunehmen. Diese Austritte erfolgten, wie das Organ des Vatikans glaubt, allgemein aus Überlegungen des persönlichen Vorteils. Nach den Angaben des Zivilstandsamtes von Salzburg sind vom 14. bis zum 25. Oktober, das heißt vom Tage nach der in Wien von Büchel gehaltenen Rede an, 1219 Personen, nämlich 630 Männer und 589 Frauen, aus der Kirche ausgetreten. Die Zeitung bemerkt endlich, daß der Stellvertreter des Kanzlers, Rudolf Heß, der einer katholischen Familie entstamme, für sein Neugeborenes die christliche Taufe durch die „Namensteiche“, die Fester der Neuheiden, ersezt habe.

Italien

Rom, 17. Nov. ag Außenminister Graf Ciano wird im Verlauf des Monats Dezember in Polen einen offiziellen Besuch abtasten.

Der jüdische Hausbesitz

Mailand, 17. Nov. (Tel. unseres S.-Korr.) Die Zeitungen sind noch einmal damit beschäftigt, den jüdischen Hausbesitz in den Städten zu schätzen; es wird den Lesern überlassen, daraus ihre Schlüsse zu ziehen. Am meisten hört man die Meinung, die genannte Schätzung übersteige um ein Vielfaches den Wert des Hausbestandes, den man in jüdischen Händen vermutet habe und siehe in einem großen

Wachsender Widerstand gegen das Programm Daladiers

Paris, 17. Nov. (Tel. unseres S.-Korr.) Ministerpräsident Daladier, Finanzminister Paul Reynaud und Präsident Lebrun werden heute abend noch einmal im Radio sprechen. Die Widerstände, die sich gegen die Gesetzesdekrete geltend machen, sind ernster, als man vorausgesehen hatte, und stellen eine Bedrohung für das Kabinett dar. Die gestrige Erklärung der Frontkämpfer hatte allgemein Befremden erregt und war von der Presse mit eisigem Schweigen aufgenommen worden. Wie sich dem Kriege schien die Aktion der Frontkämpfer an ihren materiellen Interessen und ihrer Abhängigkeit von den Parteien zu scheitern. Henri de Kerillis, selbst ein Frontkämpfer, gab einem weitverbreiteten Gefühl Ausdruck, wenn er in der „Epoque“ schrieb:

„Die Frontkämpfer haben ein freiwilliges Opfer, das Daladier von ihnen verlangt, abgelehnt. Das war ihr Recht. Aber es ist nicht möglich, gleichzeitig ein materielles Gut haben und ein moralisches Gut haben bei der Nation geltend zu machen. Wenn man Stellung nimmt, um die Pensionen zu bewahren, so verzichtet man auf das Recht, sich als Führer des Landes aufzuspielen und vom Volke die grande pénitence — die „große Buße“ — zu fordern, welche die Umstände notwendig machen. Armes Frankreich! Nach welcher Seite man blickt, man sucht umsonst nach Desinteressen und Opfern, nach jenem Patriotismus, von dem das Land die Wiederaufrichtung erwartet.“

In einer neuen Rundgebung, welche diesmal neben der linksstehenden Fédération die rechtsstehende Union nationale und die Association générale der Kriegsinvaliden ausdrücklich mitunterzeichnet haben, wird die Sache noch verschlimmert, denn die Frontkämpfer ohne Ausnahme erklären sich nicht nur gegen die Leistung eines Opfers, sondern sie verwerfen das Werk der Regierung und kündigen im Land eine Bewegung gegen die Gesetzesdekrete an, welche die Verteuerung und die Preissteigerung organisierten und mit untauglichen Mitteln die Wiederaufrichtung Frankreichs unternahmen. Während die mittleren Klassen durch gesetzliche Zwangsmittel bedroht würden, sei dem Großhandel, den Trusts, Kartellen, der internationalen Spekulation alle Freiheit gelassen. Es fehle der soziale Ausgleich. In der Ansprache Richots an die Presse wurde ausdrücklich bedauert, daß Marchandau durch Paul Reynaud ersetzt worden sei. „Bauern, Kleinhandel und liberale Berufe schließen sich uns an. Wir werden über zweihundert Protestkundgebungen im Lande organisieren, und den Widerstand gegen die Gesetzesdekrete proklamieren.“

Es handelt sich also nicht mehr nur um linksgerichtete Frontkämpferkreise, sondern auch die den Rechtsparteien nahestehenden Organisationen wagen nicht mehr, den Liberalismus auf ihr Konto zu nehmen, worin ein Zeichen der Zeit liegt.

Ministerpräsident Daladier, von dem man weiß, wie sehr er auf die Frontkämpfer abstellt, bei denen er einen Rückhalt gegen die parlamentarischen Intrigen zu finden glaubte, gerät in eine schwierige Stellung. Gestützt auf das Vertrauen der Radikalen Partei, hoffte er, den Kampf gegen Sozialisten, Kommunisten und C. G. T. aufnehmen und seine Aktion jusqu'au bout durchzuführen zu können.

Daladier hat gestern die Sitzung des Exekutivkomitees der Radikalen Partei persönlich präsiert und vor ihr die Gesetzesdekrete verteidigt, indem er auf die höheren Preise in Deutschland und Italien hinwies.

Mißverhältnis zur Zahl der italienischen und der in Italien ansässigen ausländischen Juden. Festgestellt wird auch, daß sich das jüdische Immobilienvermögen in verhältnismäßig wenigen Händen befindet. „Popolo d'Italia“ meldet, in Rom seien von 40 000 Hausbesitzern 500 Juden; der Wert des dortigen jüdischen Hausbestandes betrage ungefähr 1,2 Milliarden Lire.

Großbritannien

Die Todesstrafe

London, 17. Nov. ag (Havas) Im Unterhaus wurde mit 114 gegen 89 Stimmen eine konservative Motion angenommen, in der die Abschaffung der Todesstrafe versuchsweise auf fünf Jahre verlangt wird.

Lettland

Riga, 17. Nov. ag Als freiwillige Spenden für den Luftfahrtfonds sind bis zum 1. November 5 248 000 Lats eingelaufen.

Polen

Warschau, 17. Nov. ag Der Ministerrat hat die Herausgabe eines neuen Pressegesetzes beschlossen, das für ganz Polen verbindlich ist.

Ägypten

Kairo, 17. Nov. ag (Havas) Königin Farida von Ägypten hat einem Mädchen das Leben geschenkt.

Vereinigte Staaten

Die Gewerkschaftsbewegung

Pittsburg, 17. Nov. ag (Havas) 500 Delegierte der CIO-Gewerkschaften (Komitee für industrielle Organisation), die unter dem Vorsitz von John Lewis tagte, genehmigte die Statuten für eine neue Organisation, nach der die Arbeiter nach Industrien eingeteilt werden. Der Verband ändert seinen bisherigen Namen in „Congress der industriellen Organisation“ ab. Die Zahl der Mitglieder dieser Organisation wird auf 3 654 000 geschätzt.

Die von dem Staatsrat Richat präsierte Kommission für Reformen der Verwaltung soll mit Urteilen in die überflüssigen Budgetausgaben eingreifen. Es komme weniger auf den Plan selbst als auf die Autorität an, mit welcher er durchgeführt werde. Das gegenwärtige Regierungsproblem sei ein Problem des Willens, erklärte Daladier. Er scheint entschlossen, bis zur Kammerauflösung zu gehen, wenn ihm das Parlament am 6. Dezember nicht folgt.

Der Ministerpräsident wird am Freitagmorgen von der radikalen Kammerfraktion eine unbedingte Vertrauensfrage gestellt werden, um die Rückführung der Wählerinteressen wird hier eine wichtige Rolle spielen, denn es liegt auf der Hand, daß die Sozialisten und Kommunisten mit ihrem Widerstand gegen die Gesetzesdekrete vor allem auf Stimmenfang ausgehen.

Bei den Rechtsparteien besteht die Befürchtung, ihren Wählern zu mißfallen, noch in höherem Grade als bei den Radikalen, die wenigstens die Entschuldigungsverpflichtung machen können, für ihr eigenes Kabinett eingetreten zu sein. Aus ihren Reihen ist zuerst die Forderung nach einer Verlängerung der Deputiertenmandate erhoben worden, welche die Abrechnung mit den Wählern um ein bis zwei Jahre hinausschieben würde, das heißt bis zu dem Zeitpunkt, wo der Plan Reynauds seine Wirkung zeitigen soll. Andere stoßen sich an dem Widerspruch, daß die Kammer des Front populaire zur Belohnung für ihr Fiasko zwei Jahre länger im Amte bleiben soll.

Die Sozialpartei La Rocques drängt auf Neuwahlen, weil die gegenwärtige Stimmung im Land ihren autoritären Tendenzen, wie sie sie als Croix-de-fer verfolgten, neuen Auftrieb gibt. Andere fürchten im Gegenteil die Wiederkehr eines verstärkten Front populaire.

Daladier und Reynaud scheinen der Verlängerung der Deputiertenmandate als einer Möglichkeit zur Rettung ihres Finanzplans nicht abgeneigt zu sein. Das Zugeständnis würde eine Bedingung für die Bildung einer neuen Mehrheit sein. Die andere wäre zweifellos die Erweiterung des Kabinetts nach rechts. Gelingt die Operation vor dem 6. Dezember, so könnte sich das Kabinett neue Vollmachten für die weiteren Maßnahmen der Wiederaufrichtung erwirken. Die Frage ist nur, ob die Radikalen den vom Verfassungsstandpunkt nicht einwandfreien Weg einer Kammerverlängerung beschreiten wollen und ob der Senat nicht die lokalere Lösung der Kammerauflösung vorzieht.

Die Opposition der Sozialrepublikaner gegen die Gesetzesdekrete, welche Frostard in seinem heutigen Leitartikel voraussehen läßt, indem er sie dem Experiment Brünning vergleicht, erleichtert Daladier die Bildung einer neuen Mehrheit nicht und kann die Kabinettskrise verursachen. Wladimir d'Ormesson schreibt: „Man darf nicht vierzig Millionen mit der Schar der Ministerpräsidenten, der Intriganten und Demagogen verwechseln. Das Land besteht aus unzähligen Leuten, die nur in Ordnung arbeiten wollen und zur nötigen Anstrengung bereit sind. Aber diese Leute schweigen. Die Wählerinteressen dominieren. Zu sehen, wie die Zukunft Frankreichs, seine Finanz- und Wirtschaftskraft, sein Rang in Europa von dem Risiko der Wiederwahl von 600 Deputierten abhängen, ist ein bemühendes Schauspiel.“

Kleine Auslandsnachrichten

Die Krankheit der Königin von Norwegen. London, 17. Nov. ag (Havas) Der Zustand der am Mittwoch operierten Königin Maud von Norwegen ist befriedigend.

Unglücksfälle und Verbrechen

Das Autounglück bei Sitten. Basel, 17. Nov. pt Zu dem schweren Unglück eines Basler Autos bei St. Leonard berichteten die Blätter, daß die Verunglückten sich auf einer Geschäftsreise befanden, um in verschiedenen Gewerbetrieben Reparaturen auszuführen. Als Ursache des Anfalls scheint auch die Untersuchung des Plagens des rechten Vordertrahmens bestätigt zu haben.

Fabrikbrand. Köln, 17. Nov. pt In den Mannesmann-Röhrenwerken in Bad Honningen brach am Mittwoch Feuer aus, das schnell auf sich griff. Durch das Eingreifen der Werkfeuerwehr und freiwilliger konnte der Brand nach mehrstündigen Arbeiten eingedämmt werden, jedoch ist ein Teil der Werke bis auf die Grundmauern abgebrannt. Der Schaden ist groß.

Bankräuber. Berlin, 17. Nov. ag Das Deutsche Nachrichtenbüro meldet aus Preßburg: Im Zusammenhang mit der vor einigen Wochen hier ausgeübten Raubschifferei, die jüdischen Emigranten tschechoslowakische Pässe verschafft hatte, wurde in Bad Reichenbrunn der Generalsekretär der slowakischen Sozialdemokratie, Josef Och, verhaftet und dem Kreisgericht in Preßburg eingeliefert.

Strandung. Bayonne, 17. Nov. ag (Havas) Ein dänischer Frachtdampfer wurde vor der Einfahrt des Hafens von Bayonne in der Aburmundung auf den Strand geworfen. Ein holländischer Matrose ertrank; acht Mitglieder der Besatzung konnten gerettet werden. Das Schiff gilt als verloren. Es war vor kurzem an einen holländischen Reederei verkauft worden.

Fischer in Gefahr. Moskau, 17. Nov. ag (Havas) Aus Ustka (Kaspian) verlautet, daß im Norden des Kaspischen Meeres nach einem heftigen Unwetter, das von starkem Frost begleitet war, mehr als zehn Fischerboote mit ungefähr 500 Menschen an Bord im Eis eingeschlossen seien. Sieben Motorboote des Fischereiflotten von Gurjew an der Mündung des Ural und ein Flugzeug sind zur Hilfeleistung abgegangen. Wie es heißt, soll es mehr als hundert anderen Fischerbooten gelungen sein, sich in den Hafen von Gurjew zu retten.

Der Schwurgerichtsprozeß Räf

Fortsetzung der Zeugenbefragung

Am Dienstag wurden die Aussagen der franken Mutter der verstorbenen Frau Räf befragt. Seither erschien eine Reihe weiterer Mitglieder der Familie Frischnecht, um ihre Aussagen zu machen. Man darf nicht vergessen, daß das Haus Sighallenstraße 3 heute der Familie Frischnecht gehört und daß ihr ein Teil der Versicherungssumme ausbezahlt worden ist. Mögen die Aussagen auch in einzelnen Punkten gefälscht sein zugunsten der Frau Räf und zuungunsten des Angeklagten, so wird man sie doch nicht in ihrer Gesamtheit als unglaubwürdig bezeichnen können. Speziell soweit sie sich auf Räf beziehen, sind sie leicht in Einklang zu bringen mit dem Eindruck, den er selbst vor dem Gericht macht. Bezeichnend ist auch, daß Räf sich nur schwach zur Wehr setzt, Kleinigkeiten zu widerlegen sucht, aber sonst alles resigniert über sich ergehen läßt. Die zwölfstündige eingehende Befragung ist nicht spurlos an ihm vorübergegangen; auch für einen intelligenten Menschen ist es anstrengend, immer wieder einen glaubhaften Ausweg aus den selbstgeschaffenen Widersprüchen zu finden.

Der Vater der verstorbenen Frau Räf ist invalid; er muß, von zwei Polizisten geführt, in den Saal geführt werden. Schon in seinen ersten Worten vertrat er jedoch das Merkmal seines Heimatortens; den Appenzeller Humor. Als die Tochter Luise als Siebzehnjährige fortgegangen sei, habe er sich nicht um sie gekümmert, er habe zur Arbeit sehen müssen, das andere sei Sache der Frau. Er habe die Tochter nicht übermäßig geschlagen, aber sie habe „gelegentlich eins bekommen“, wenn sie es verdient habe. Nach dem Tode Binottos habe sie sich gefürchtet, allein in ihrer Wohnung zu bleiben, und habe die Eltern überreden können, zu ihr zu ziehen. Es sei gut gegangen, bis „dieser Räf“ gekommen sei. Bald seien er und seine Frau „im Weg“ gewesen und hätten das schöne Zimmer in der Wohnung mit einem ungeheizten Separatzimmer verlauschen müssen. Sie seien froh gewesen, bald eine andere Wohnung beziehen zu können. Seit 1930 sei er arbeitsunfähig und müsse von seinen Kindern unterstützt werden; die Tochter Luise habe monatlich fünfzehn Franken bezahlt. Von der Enterbung durch die Tochter habe er bis zur Testamentseröffnung nichts gewußt. Von einer beabsichtigten Ausweisung oder Bevormundung der Tochter will er nichts wissen. Gegenüber Räf seien er und seine Frau „nicht feindlich“ gesinnt, im Gegenteil seien sie froh gewesen, daß sie die Wohnung hätten wechseln können.

Eine Schwester der Frau Räf hat die Beziehungen zu ihr abgebrochen, als die betagten Eltern aus dem Hause an der Sighallenstraße hinausgedrängt wurden. Sie nimmt an, daß Räf die Schuld daran getragen habe. Frau Räf habe sich nie über ihre Eltern beklagt. Die Enterbung sei unbegründet gewesen. Eine andere Schwester will keine näheren Angaben über das Vorleben der Frau Räf machen können. Nach dem Tode Binottos habe sie bei der Schwester in der Sighallenstraße gewohnt, bis es wegen der Zurückung einer Speise zum Bruch gekommen sei. Nur abgends geht die Zeugin auf den „Familienrat“ ein, der am Tage nach dem Tode der Frau Räf stattfand. Die meisten Mitglieder der Familie Frischnecht, welche bei diesem Punkte noch mehr aus. Die Zeugin will sich als einzige für Räf eingestehen haben, während ihn alle anderen als Mörder verdächtig hätten. Die Vermutung habe sich darauf gestützt, daß er seine Frau mehrmals betäubt habe. Sie glaube nicht, daß Räf seine Frau ohne vorhergehenden Streit ermordet habe. Frau Räf sei eifersüchtig gewesen. Nach dem Familienrat, aber vor seiner Verhaftung, hat die Zeugin Räf aufgesucht. Sie scheint die einzige der Familie Frischnecht zu sein, die von Anfang an zu Räf gehalten hat. Zwischen ihren in verschiedenen Zeitpunkten gemachten Aussagen bestehen Differenzen, die den Verdacht nahe legen, sie sei gelegentlich zugunsten Räfs etwas von der Wahrheit abgewichen. Aus den weiteren Aussagen der Zeugin verdienen besondere Beachtung ihre Erklärung über einen Selbstmordversuch der Frau Räf in der Zeit, in der sie mit Binotto zusammenlebte. Sie habe sich mit Leuchtgas vergiftet wollen und sei nur durch das Eintreffen einer anderen Person gerettet worden. Sie habe erklärt, Gastod sei ein furchtbarer Tod.

Räfs Schwester hat keinen schlechten Eindruck von dessen Frau. Obwohl sie viel getrunken habe, hätten sich die Eheleute gut verstanden. Frau Räf sei launisch gewesen, wie ein „umgekehrter Handschuh“; Lebensüberdruß habe sie nie gekübert. Räfs Stiefbruder will beobachtet haben, daß dessen Frau viel getrunken habe und launisch gewesen sei. Lebensüberdruß habe sie nur einmal geäußert, als sie vom Friedhof gekommen seien. Andererseits habe sie oft zu verliehen gegeben, daß sie mit ihrem Mann sehr glücklich sei. Allerdings seien zwischen den Eheleuten Räf grobe Worte gefallen, im nächsten Moment seien sie aber wieder fröhlich gewesen. Die Behauptung von der außerordentlichen Herzengüte Räfs schmilzt unter den konkreten Fragen des Staatsanwaltes immer mehr zusammen; es bleiben eigentlich nur Selbstverständlichkeiten.

Verdächtige Gespräche

Die Zeugin war Telephonistin im Hauptbahnhof Zürich; Räf wurde dort „Baron“ genannt. Die häufigen Einladungen Räfs habe sie nicht angenommen. Ende 1933 sei Räf an einem Samstagnachmittag ins Telephonamt gekommen und habe gemurmelt. Als sie ihm geraten habe zu heiraten, habe er ihr gesagt, er sei seit einigen Monaten verheiratet. Sie habe sich gedacht, er habe die Frau wegen des Geldes geheiratet. Im Anschluß daran habe sich Räf über seine Frau beklagt; sie beschimpfte ihn immer. Seine Verzweiflung habe sie für echt gehalten und ihm daher zur Scheidung geraten. Räf habe erklärt: „Ich mache ein Ende.“ Sie habe ihm vorgehalten, es bestehe für ihn doch kein Grund zum Selbstmord. Aus seiner Antwort: „Nicht mit mir“, habe sie schließen müssen, daß er seine Frau töten wollte und daher gesagt, er solle nicht machen, daß er ins Justizhaus komme. Räf habe gesagt: „Es wäre nicht schade um sie!“

Im ihr zu beweisen, wie er von seiner Frau behandelt werde, habe er sie gezwungen, ein Telefongespräch mit seiner Frau anzuhören. Räf habe seine Frau mit den größten Ausdrücken bedacht, sie aber habe sehr anständig geantwortet. Die Zeugin behielt das Erlebnis für sich; als ihr aber nach dem Tode der Frau Räf ein Zeitungsartikel vorgehalten wurde: „Räf wegen Mordes angeklagt“, habe sie unwillkürlich die Worte ausgerufen: „Im Gottes willen, jeht hat er es doch gemacht!“

Räf kann die Darstellung der Zeugin nicht als falsch bezeichnen. Er will versucht haben, mit der Zeugin ein Verhältnis anzufangen und habe deshalb bei ihr Mitleid erwecken wollen. Schimpfworte seien zwischen ihm und seiner Frau nicht ernst genommen worden, man habe sie als eine Art „Kosworte“ betrachtet. Diese Bemerkung bringt selbst den Vorstehenden aus der Ruhe; er fragt Räf, mit welchen Worten sie im Streit gesprochen hätten. Räf antwortet: „Dann wurden diese Worte nicht verwendet, dann war es still!“